

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846-48 ppbn d



Inhalt

32. Jahrgang / 225 / 24. November 1977

Alfons Bayerl MdB meint,
daß Strauß durch seinen
Zimmermann Kohl als Kanz-
lerkandidaten liquidie-
ren läßt

Seite 1

"Kanzlerkandidat" Strauß

Anmerkungen zu den jüngsten Zimmermann-Äußerungen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-
Bundestagsfraktion

Günter Schluckebier MdB
erläutert die entwick-
lungspolitischen Ent-
scheidungen des SPD-Par-
teitages

Seite 2/3

In der CSU wären Scham und Betroffenheit über den Schaden
angebracht, den ihr Vorsitzender in Chile der Bundesrepublik
zugefügt hat. Just in diesem Augenblick bringt es der CSU-
Landesgruppenvorsitzende Zimmermann fertig, den "Ehren-
professor für chilenisches Recht" als Kanzlerkandidaten an-
zudienen.

Dr. Jürgen Meyer MdL zum
baden-württembergischen
Hochschulgesetz

Seite 4

Diese Unverfrorenheit kann nur Zimmermann aufbringen, während
die demokratische Weltöffentlichkeit auf die Verherrlichung
der Diktatur in Chile durch Strauß mit Betroffenheit und
Empörung reagiert. Die "Freiheit in Chile", wie Strauß sie
rühmt, ist die Freiheit für Pinochet, weiterhin Menschen
einzusperren, zu foltern und zu morden.

Die sportpolitische Ent-
schließung der Jungsozia-
listen

Seite 5/6

Höhepunkt der Heuchelei: Die CSU fordert lautstark und pol-
ternd Sitzungen der Strategiekommision, gleichzeitig läßt
Strauß durch seinen Zimmermann in aller Öffentlichkeit Hel-
mut Kohl als Kanzlerkandidaten liquidieren.

Besonders strapaziert sind die Bayern: Vor nicht allzu langer
Zeit wollte Strauß Goppel vorzeitig auf seine Art "ablösen"
und bayerischer Ministerpräsident werden. Jetzt bietet er
diesen ein mieses Bauerntheater. Nachdem er sich in Chile als
"bayerischer König" fühlte, läßt er sich jetzt von Zimmer-
mann zum künftigen Kanzlerkandidaten ausrufen.

(-/24.11.1977/bgj/ja)

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölnner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

Die Richtung im Nord-Süd-Dialog stimmt

Wichtige entwicklungspolitische Entscheidungen auf dem Hamburger SPD-Parteitag

Von Günter Schluckebier MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Der Hamburger Parteitag hat zur Nord-Süd-Politik Entscheidungen getroffen, die Partei und Bundestagsfraktion der SPD gleichermaßen in die Pflicht nehmen:

- Der Parteitag hat entwicklungspolitische Leitlinien verabschiedet, die von uns die Konzentration auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen und die Förderung der Verteilungsgerechtigkeit verlangen.
- Die Bundestagsfraktion ist aufgefordert worden, über die Finanzierung der Entwicklungspolitik und über die Möglichkeit einer gesetzlichen Grundlage unserer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nachzudenken.
- Gegenüber dem südlichen Afrika haben wir uns für die in den Befreiungsbewegungen organisierten Kräfte der Zukunft und gegen das zerfallende System von Rassismus und Ausbeutung entschieden.

Die SPD hat damit bewiesen, daß sie ihren Teil der Verantwortung für den Schutz und die Förderung der sozial schwachen Entwicklungsländer und ihrer Völker zu übernehmen bereit ist. Dies bedeutet nicht nur die Aufforderung zur Steigerung unserer finanziellen Anstrengungen und zur Verfeinerung unseres entwicklungspolitischen Instrumentariums, sondern auch zur Veränderung eines weltwirtschaftlichen Systems, das die Länder der Dritten Welt bislang nicht ganz zur Entfaltung kommen lassen. Viele Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, einer anderen Weltrohstoffpolitik und einer ihnen gerechteren Form des Welthandels sind berechtigt; gleichzeitig ist aber auch klargestellt, daß die Dritte Welt für ihre Entwicklung zum größten Teil selbst verantwortlich ist: An ihrer Bereitschaft liegt es, ob der Kampf um bessere Lebensbedingungen für die benachteiligten Bevölkerungsschichten gewonnen werden kann, in ihren Händen liegt die Entscheidung über Bestehen oder Beendigung von Korruption, ihrer Initiative unterliegt die Möglichkeit zu verstärkter regionaler Zusammenarbeit.

Der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sind in Hamburg konkrete und detaillierte Vorschläge gemacht worden, wie das von niemanden in Frage gestellte Ziel erreicht werden kann, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungszusammenar-

beit auszugeben. Der Parteitag hat an die Bundestagsfraktion einen Stufenplan überwiesen, demgemäß dieses Ziel bis spätestens 1985 erreicht werden soll. Auch Finanzierungsmöglichkeiten wurden zur Debatte gestellt:

- zinsverbilligte Kapitalmittel;
- verstärkter Einsatz von ERP-Mitteln;
- zusätzliche Leistungen aus dem Bundeshaushalt, etwa durch die Verdrängung der Zinsrückflüsse aus der finanziellen Zusammenarbeit für entwicklungspolitische Zwecke.

Ebenfalls an die Bundestagsfraktion erging der Auftrag, die Möglichkeiten eines Gesetzes über internationale Entwicklungszusammenarbeit zu prüfen; die Bundesrepublik Deutschland gibt nun immerhin an die 4 Milliarden DM aus, ohne eine andere gesetzliche Grundlage zu haben als das Haushaltsgesetz. So wie etwa durch eine vorbildliche Sozialgesetzgebung der innere Frieden in unserem Lande gesichert werden konnte, so muß auch unser Bemühen um einen sozialen Ausgleich mit den Entwicklungsländern auf eine gesetzliche Basis gestellt werden. Deshalb müssen unverbindliche Konzeptionen durch verbindliche Regelungen abgelöst werden. Nur so stehen unsere Bekenntnisse zur internationalen Solidarität auf einer gesicherten Grundlage.

Keinen Zweifel kann es auch an unserer Position zu den Problemen im südlichen Afrika geben. Die SPD steht eindeutig auf der Seite der unterdrückten Bevölkerungsmehrheiten in Zimbabwe, Namibia und der Republik Südafrika und unterstützt deren Kampf um Gleichberechtigung und Unabhängigkeit. Wir sehen in den Befreiungsbewegungen in jener Region die politischen Kräfte der Zukunft, die nicht nur unsere Unterstützung verdienen, weil sie einen Kampf gegen ein zutiefst ungerechtes und menschenunwürdiges System führen, sondern die auch die richtigen Adressaten sind, wenn es um die Wahrung unserer legitimen politischen und wirtschaftlichen Interessen geht.

Insoweit hat der Hamburger Parteitag der SPD wichtige Anstöße für die Nord-Süd-Politik gegeben. In vielen Bereichen wird es nun an der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion liegen, sie aufzugreifen und ihr Möglichstes zu tun, um sie in die politische Praxis umzusetzen. Wir werden dabei viel zu tun haben.

(-/24.11.1977/hi/ja)

Reaktionäres Hochschulgesetz

Von Dr. Jürgen Meyer MdL

Hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Selten sind Gesetze so massiv gegen den einmütigen Willen der von ihnen betroffenen Bürger durchgeboxt worden, wie die am 1. Januar 1978 inkrafttretenden Hochschulgesetze. Von der sonst durch die CDU des Landes beschworenen "Bürgernähe" war während der Beratungen dieser Gesetze nichts zu merken. Die Abgeordneten der Mehrheitsfraktion mieden, bis auf seltene Ausnahmen, die öffentliche Diskussion mit Studenten und Hochschullehrern. Wie hätten auch Abgeordnete der Partei, die noch wenige Monate vorher mit Freiheitsparolen durch Städte und Dörfer gezogen war, die massiven Eingriffe in die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium rechtfertigen sollen? Wie hätte man die Wahlkampfparole "Weniger Staat" mit einer Politik vereinbaren sollen, die aus den Hochschulen Behörden macht, die vom Schreibtisch hochschulferner Bürokratie verwaltet und bevormundet werden? Selbst der Hinweis auf das zweifellos kritikwürdige Hochschulrahmengesetz konnte nicht mehr verfangen, nachdem die Bundesregierung in einem Brief an das Kultusministerium elf klare Verstöße der Gesetzentwürfe gegen zwingendes Bundesrecht nachgewiesen hatte, etwa gegen das "Verbot einer Verknüpfung des Verlustes des Prüfungsanspruchs mit der Exmatrikulation wegen Fristenversäumnis" (also insbesondere Verlust des Prüfungsanspruchs nach Ablauf der Regelstudienzeit).

Der höchstpersönliche Plan Dr. Filbingers, im Gegensatz zu allen Willensbekundungen des eigenen CDU-Nachwuchses und zum Referentenentwurf des Kultusministers vom Frühjahr 1977, Nägel mit Köpfen zu machen und die verfaßte Studentenschaft abzuschaffen, wurde von einer unerträglichen Diffamierungskampagne des Staatsministeriums gegen die Hochschulen im allgemeinen und die Studenten insbesondere begleitet. Auch ehrwerte Hochschulpräsidenten wie der Freiburger Rektor Professor Stoeckle blieben davon nicht verschont. Durch die Entrechtung des Akademischen Mittelbaus und die Aufspaltung der Professoren in zwei Klassen, wurde das Signal zum Marsch zurück zur alten Ordinarien-Universität gegeben. Mit dem gesetzwidrigen Nein zur Gesamthochschule war die Abqualifizierung von Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen und Kunsthochschulen verbunden, denen der bewährte Große Senat genommen und das Forschungssemester für Professoren vorenthalten wurde.

Die SPD hat bis zuletzt gegen diese Gesetze gekämpft. Die CDU hat sich als allzeit bereite Vollstreckerin ihrer Landesregierung betätigt. Man mag diese Vorgänge als Ausdruck der Arroganz der Macht begreifen, die aus der absoluten Mehrheit einer Partei entstehen kann. Die Frage an den Bürger lautet: Geht die Rechnung Filbingers, der auf die Vergeßlichkeit der Wähler auch in den Universitätsstädten setzt, im Jahre 1980 auf?

(-/ 24.11.1977/ks/ja)

+

+

+

Jungsozialisten und Sportpolitik

"Dem deutschen Arbeitersport verpflichtet"

Konservative werden wieder die Nase rümpfen. Aber dennoch: Die sportpolitische Entscheidung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, die der Bundesausschuß nunmehr politisch umzusetzen hat, ist ein bemerkenswerter Beitrag zur noch stärkeren Herausbildung einer eigenständigen sozialdemokratischen Sportpolitik. So bekräftigen die Jungsozialisten ihre Erkenntnis, daß vor allem im Hinblick auf den hohen Anteil der Jugendlichen im Bereich des Sports ein Engagement der SPD-Nachwuchsorganisation nicht nur notwendig, sondern unerlässlich ist.

Erstaunt werden orthodoxe Funktionäre und Politiker auch über die Aussage der Jungsozialisten zum Leistungssport sein, der in ein vernünftiges programmatisches Verhältnis zum Breiten-, Freizeit- und Erholungssport gebracht wird: "Eine Förderung des Leistungssports wird von den Jungsozialisten nicht grundsätzlich abgelehnt. Die Jungsozialisten treten vielmehr für einen demokratisch organisierten Leistungssport ein, in dem die sozialen, politischen und materiellen Interessen der Sportler abgesichert sind". Dem wird hinzugefügt, daß sich die Sportpolitik in erster Linie an den breitensportlichen Interessen der Arbeitnehmer orientieren muß.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Erklärung, daß die sozialdemokratische Sportpolitik bewußt an Geschichte und Tradition der Arbeitersportbewegung anknüpfen muß, da im Deutschen Sportbund Ziele und Inhalte der Arbeitersportbewegung weitgehend getilgt sind. Sport, so erkennen die Jungsozialisten, ist politisch nicht neutral.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer kämpferischen Sportpolitik der SPD, wie sie vor allem zwischen 1972 und 1976 offensiv und erfolgreich praktiziert wurde. Ein größeres und dauerhafteres Engagement aus dem Bereich des Sports für die SPD - mit dem Höhepunkt der Bundestagswahl 1976 - hat es nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Wenn sich die Jungsozialisten gegen die bloße sportpolitische Anpassung und schematische Übereinstimmungs-Tendenzen wenden, so ist dies ebenso aktuell wie konsequent.

Begründet und wirklichkeitsnah sind auch die Forderungen, die im Zusammenhang mit Sport-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung erhoben werden.

Dem Landschaftsschutz und der Rekultivierung wird dabei erheblicher Raum gewidmet. Es wird erkannt, daß zunehmende Zentralisierungstendenzen in den Sportorganisationen keine sach- und systembezogenen Hintergrund, sondern offenkundig personell-eigennützige und finanzielle Motive haben.

Da die Sportorganisationen nur von dem Prinzip "Von-unten-nach-oben" und nicht umgekehrt getragen werden, resümieren die Jungsozialisten: "Die materielle und finanzielle Förderung der Vereine aus staatlichen Mitteln ist zu verbessern. Priorität liegt bei den Maßnahmen für den Breitensport".

Den Diskussionen zum "Sport im Bildungsbereich" werden neue inhaltliche und zeitliche Akzente hinzugefügt. Dazu gehört die qualitative Verbesserung des Sports im Vor-, Grund- und Hauptschulbereich sowie in den berufsbildenden Schulen und eine zahlenmäßige Stellenausweitung für die Sportpädagogen. Eine Forderung, die aufgrund einer beachtlichen Zahl stellenloser Sportpädagogen einerseits und den erheblichen Mängeln im Schulsport auf der anderen Seite besonders dringlich ist. Zum Hochschulsport: "Der Sport an Hochschulen soll im Sinne eines Breitensportorientierten Sports für alle Hochschulangehörigen einheitlich organisiert und für eine Beteiligung der Bevölkerung geöffnet werden".

Interessant sind zudem die Aussagen zum Sport bei der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz und der Polizei sowie im Zivildienst. Wenn schließlich in den internationalen Sportbeziehungen über den Rahmen der Sportorganisationen hinaus Bezüge hergestellt und allen faschistischen und rassistischen Tendenzen klare Absagen erteilt werden, so sollte man diese Aussagen den Jungsozialisten durchaus als Pluspunkt verbuchen.

Ernst Dieter Schmickler
(-/24.11.1977/hi/ca)

+ + +